

**Sammlungen**  
 18. Febr. 1920.  
 ...  
**Schuppen**  
 ...  
**Zimmermeister**  
 ...  
**Darlehen-Anstalt**  
 ...  
**raunfute**  
 ...  
**ungsbüchlein**  
 für 1920  
 ...  
**Zaiser, Nagold.**

Teilnahme an jedem Besuche...  
 Preis vierteljährlich...  
 Anzeigen-Preise für die...  
 ...

# Der Gesellschafter

**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold**  
**Nagolder Tagblatt**  
 Begründet 1826  
 Freitag den 20. Februar 1920  
 Nr. 42

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk...  
 ...  
 Telegramm-Adresse:  
 Gesellschaft Nagold.  
 Postfachkonto:  
 Stuttgart 8113.

Nr. 42

Freitag den 20. Februar 1920

94. Jahrgang

## Die Kaiserfrage.

\* Der Kaiser, den die Entente in der Frage der Auslieferung angetreten hat, mußte sich notwendigerweise auch auf die an Holland gerichtete Forderung um Uebergabe des vormalsigen deutschen Kaisers an die Entente, ausdehnen. Wenn in der Auslieferungfrage die einmütige, entschlossene Haltung des deutschen Volkes, auf keinen Fall auszuliefern, den Ententepolitikern das Unmögliche und Wahnsinnige ihres Verlangens zu Gemüte geführt hat, so ist es bei dem Streit um den Kaiser die Entschlossenheit und Festigkeit des kleinen Holland gewesen, die der selbstherrlichen Umkrempelung aller Rechtsbegriffe durch die Sieger ein Ende bereitet hat. Holland hat die Antwort der Entente auf seine Weigerung, den Kaiser auszuliefern, nunmehr erhalten. Man kann den umfangreichen Schwallst der Ententestillschlüsse mit einem Wort kennzeichnen: *Rückzugskanonade*. Auch hier ist die Brutalität gezwungen, der wahrhaften Gerechtigkeit zu weichen, wenn sie auch zehnmal und hundertmal behauptet, das formale Recht gehöre ihr.

Die Entente stützt ihr „Recht“ auf die von den Mächten im allgemeinen Interesse (!) gebrachten ungeheuren Opfer u. jagt dem holländischen Staat, daß er vielleicht nicht genau alle Pflichten und Gefahren der gegenwärtigen Stunde abwäge, um nach dieser Unerschlichkeit zu erklären, daß sie von der holl. Regierung nicht eine Preisgabe ihrer traditionellen Politik verlange. Dann sagt die Note u. a.: „Sie (die a. und n. Mächte), glauben aber, daß die Natur ihres Gesichts nicht genügend gewürdigt wurde. Es handelt sich um keine Frage des Prestiges (Ruhm und Ansehen) und die Mächte widmen dem Gesichte der Gewissenhaftigkeit eines Staats mit begrenzten Interessen ebensowohl Aufmerksamkeit, wie der wohlüberlegten Forderung der Großmächte. Um jedoch den verantwortlichen Urheber des großen Krieges abzurufen, können sie nicht die Schaffung eines Obersten Gerichtes abwarten, das mit der Verfolgung internationaler Verbrechen betraut wird.“

Die Regierung der Niederlande macht geltend, daß das Auslieferungsgesetz von ihr nur vom Standpunkt ihrer eigenen Politik aus ins Auge gefaßt werden könne. Sie scheint dabei nicht in Erwägung zu ziehen, daß sie gemeinsam mit den zivilisierten Nationen die Pflicht hat, die Bestrafung der Verbrechen gegen das Völkerrecht und gegen die Grundzüge der Menschlichkeit sicher zu stellen, Verbrechen, für die in heute unzulänglicher Weise Wilhelm von Hohenzollern eine schwere Verantwortlichkeit zufällt. Wie könnte die holländische Regierung vergessen, daß es der Politik u. dem persönlichen Handeln des zur Aburteilung verlangten Mannes zuzusprechen ist, wenn nahezu 10 Millionen Menschen in der Wüste ihres Alters brutal dahingemordet wurden, wenn dreimal mehr Menschen gräßlich verkrüppelt oder in ihrer Gesundheit geschädigt wurden, wenn Tausende von Quadratkilometern bisher industriereicher, friedlichen und glücklichen Landes verheert und zerstört wurden, wenn die Kriegsschuld Hunderte von Milliarden übersteigt und wenn alles dies geschehen ist zum Schaden von Menschen, die ihre Freiheit, wie die Freiheit ihrer Kinder und die Freiheit der ganzen übrigen Welt verteidigt haben.

Es stimmt vollständig überein mit den Zielen des Völkerbunds, Verbrechen zu leisten bei der Bestrafung solcher Verbrechen. Wie könnte man sich dem Eindruck jeder rationalen Kundgebungen entziehen, die eine Folge der Weigerung Hollands wären. Wie könnte man verkennen, welche gefährliche Stärkung alle jene erfahren, die mit der Bestrafung der Schuldigen und ihrer exemplarischen Aburteilung, welcher Gesellschaftsklasse sie auch angehören mögen, wenn sich Holland widersetzt. Holland, dessen Geschichte lange Kämpfe (gegen England u. Frankreich, D. Schicksal) um die Freiheit aufweist und das um der Gerechtigkeit willen so schwer gelitten hat, sollte nicht eine so enge Auffassung seiner Pflichten beibehalten und sich damit außerhalb der Gemeinschaft der Welt stellen. Zu den Pflichten, denen sich aus nationalen Gründen niemand entziehen kann, gehört es, sich mit uns zu vereinigen in der exemplarischen Bestrafung der verantwortlichen Urheber des Unheils und der Schäden des Krieges und sich zu bemühen, die deutsche Nation zur Auffassung der Menschlichkeit zurückzuführen, da sie immer noch zögernd auf den falschen Theorien ihrer Regierung beharrt, die offen ausgesprochen, daß Gewalt vor Recht geht und der Erfolg das Verbrechen heilige.

Die Mächte möchten der Regierung der Niederlande in Erinnerung bringen, daß sie, falls sie darauf beharrte, sich um die Anwesenheit der kaiserlichen Familie auf holländischem Gebiet so nahe an der Grenze nicht zu bekümmern, sowohl direkt verantwortlich ist dafür, dem Verbrecher von den Forderungen des Rechts in Schutz zu nehmen, als auch verantwortlich für die für Europa und die ganze Welt so gefährliche Propaganda. Die ständige Anwesenheit des Kaisers unter durchaus unwirksamer Kontrolle in geringer Entfernung von der deutschen Grenze, so daß er das Zentrum einer tätigen und wachsenden Intrigue vieler Mächte stellt für die Mächte, die zur Beseitigung dieser tödlichen Gefahr übermenschliche Opfer gebracht haben, eine Bedrohung dar. Die Mächte haben die Pflicht, solche Wahngelüste zu ergreifen, wie sie ihnen ihre eigene Sicherheit gebietet.

Die Mächte können das peinliche Gefühl nicht verhehlen, das ihnen die Weigerung verursacht, ihnen den Kaiser auszuliefern, ohne irgend eine Prüfung der Möglichkeit, wie die Weigerung Hollands in Einklang gebracht werden könnte mit jenen Vorsichtsmaßnahmen, sei es an Ort und Stelle, sei es in der Entfernung des Kaisers vom Schauplatz seines Verbrechens, durch die er gleichzeitig außer Stande gesetzt wäre, in Deutschland zukünftig seinen unheilvollen Einfluß auszuüben.

Obwohl ein solcher Vorschlag dem Verlangen der Verbündeten nicht ganz entsprochen hätte, hätte er doch Zeugnis gegeben von jenen Gefühlen, denen sich Holland unmöglich entziehen kann.

Die Mächte machen in der feierlichsten und dringlichsten Form die holländische Regierung aufmerksam auf die Tragweite, die sie einer neuen Prüfung der ihr gestellten Fragen beizumessen. Sie wünschen, zu verstehen zu geben, wie ernst die Lage werden könnte, wenn die Regierung der Niederlande nicht in der Lage wäre, Zusicherungen zu geben, wie sie die Sicherheit Europas so gebietet verlangt.

Auch hier ist genau wie in der Auslieferungfrage, hinter der Fassade überder Phrasen der Kern unsehbar zu erkennen: Das Auslieferungsgesetz ist fallen gelassen worden. Gut Verschleierung des Rückzugs indem der Dreiertrat das alte Märchen wieder auf, daß Wilhelm II. der alleinige, verantwortliche Urheber des fürchterlichen Verbrechen sei und beschwört Holland in den Tönen höchster Beforgnis, den geschilderten Mann vom „Schauplatz seiner Verbrechen“ zu entfernen. Wir wissen, daß Holland über die Kriegsschuld wohl keinerlei Aufklärung, am wenigsten die von Seiten der Entente, benötigt u. sind überzeugt, daß es sich auch durch die Rückzugskanonade der Entente nicht um Haarsbreite vom Standpunkt des wahren Rechtes abbringen lassen wird. Es wird die richtige Antwort schon finden.

Auch dieser Rückzug der Entente muß jedermann mit Befriedigung erfüllen, mag er sich zur Person des Kaisers wie auch immer stellen, denn wir wissen ja nur zu gut, nicht die Person, sondern das Deutschland, dessen höchste Verkörperung dem Auslande immer „der Kaiser“ war, sollte in Wilhelm II. zu Tode getroffen werden.

Daag, 17. Febr. Der Newer Rotterdamse Courant bespricht ausführlich die neue Note an Holland und sagt u. a.: „Es wird unserer Regierung nicht schwer fallen, auf dieses neue Schreiben eine würdige Antwort zu geben. Wenn von gewisser Seite darauf spekuliert werden sollte, daß möglicherweise die Beweisführung von der hier gekennzeichneten Art die Angelegenheit von dem Gebiete des tatsächlichen Rechtes auf das Gebiet persönlicher Werturteile bringen soll, dann müssen wir bemerken, daß diese Spekulation von vornherein zum Mißlingen verurteilt ist.“

Rotterdam, 17. Febr. Times läßt an der Kaiserfrage scharfe Kritik. Das Blatt schreibt, am Freitag habe man die ungehinderte Anwesenheit von Reaktionsären und Verbrechern in Deutschland gut heißen, am folgenden Tage verurteile man die Anwesenheit des Kaisers in Holland als eine Gefahr für den Frieden und eine Verletzung der geltenden Sitten. Mangel an Gerechtigkeit habe man häufig bei den Beschlüssen des Obersten Rates wahrgenommen, aber ein so bedauerliches Beispiel sei noch nicht dagewesen.

wird. Deshalb muß England alles tun, um der gegenwärtigen deutschen Regierung zu helfen.“ — Churchill sagte weiter, es müsse so bald wie möglich ein Friede mit der Türkei geschlossen werden, der nicht die Gefühle aller Araber der Welt gegen England erweite. Die Verzögerung des Friedensschlusses werde eine besonders ungünstige Wirkung für England haben, infolge der dadurch verursachten Erregung in Indien und im nahen Osten.

## Das Verfahren gegen die „Kriegsverbrecher“.

Der Oberstaatsanwalt Schweigert äußerte einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ gegenüber, gewisse Richtlinien für das Leipziger Verfahren hätten schon fest. Diese seien durch das Gesetz vom 18. Dezember 1919 gegeben. Im Rahmen dieses vielleicht durch eine Novelle zu erweiternden Gesetzes, das eigentlich für inländische Verbrechen bestimmt war und das übrigens eine Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes notwendig mache, werde die technische Durchführung der bevorstehenden Prozesse erfolgen. Es schwebten bereits bei der Reichsanwaltschaft Ermittlungsverfahren.

In der „Berliner Volkszeitung“ heißt es, erst wenn das Anlagematerial, vor allem wenn die zur Revision nach London gebrachte Liste der Beschuldigten im endgültigen Vorkauf vorliege, werde man in der Lage sein, zu den Fragen der praktischen Durchführung des Verfahrens Stellung zu nehmen.

## Montenegro fordert seine Selbständigkeit zurück.

Amsterdam, 18. Febr. Wie die englischen Blätter melden, ist der Ministerpräsident von Montenegro und früherer Befehlshaber der montenegrinischen Armee Jovan Plamenah in London eingetroffen. Wie ein Berichterstatter der „Daily News“ meldet, erklärte er, die Montenegriner verlangten die Räumung Montenegros durch die Serben und die Rückkehr des Königs Nikolaus.

## Der Präsidentenwechsel in Frankreich.

Paris, 18. Febr. Heute nachmittag fand im Elysee die sogenannte Transmission des Bureau statt. Präsident Deschanel wurde vom Ministerpräsidenten Millerand im Palais des Kammerpräsidenten abgeholt und nach dem Elysee geleitet, wo er von dem bisherigen Präsidenten Poincaré, sämtlichen Ministern und dem Präsidenten der Kammer und des Senats empfangen wurde. Poincaré begrüßte seinen Nachfolger und erklärte in seiner Rede, der Sturm, der über Frankreich dahingebrochen sei, habe nicht einen Augenblick seine republikanischen Einrichtungen in Gefahr gebracht, die Frankreich gestatteten, den Angriff heftig zurückzuschlagen. Während der 7 Jahre seiner Präsidentschaft wolle Deschanel ohne Unterlass die Ausführung des Friedensvertrages sicherstellen, dessen Verpflichtungen auszuführen sich Deutschland schon jetzt nicht sehr geneigt zeige. Es werde auch keine Aufgabe sein, die Kontinuität der französl. Außenpolitik sicherzustellen, die Bündnisse aufrecht zu erhalten und den Völkern zu befehligen, sowie aus dem Frieden, der heute nur eine Hoffnung und ein Name sei, etwas zu machen. Präsident Deschanel begab sich, begleitet von seinem Vorgänger, alsdann nach dem Rathaus, wo er in Anwesenheit der ehemaligen Präsidenten Loubet und Fallières von dem Municipalrat feierlich empfangen wurde.

Paris, 18. Febr. Der Präsident der Republik hat beschlossen, anlässlich seines Amtsantrittes eine große Zahl Begünstigungen sowohl für militärische, als für zivile Vergehen zu gewähren. Der Entwurf eines Amnestiegesetzes, der im Geiste der Milde ausgearbeitet werden soll, und der nur Vergehen gegen das Vaterland nicht berücksichtigt, soll demnächst durch die Regierung der Kammer vorgelegt werden.

Paris, 18. Febr. Millerand begab sich heute in das Präsidium der Kammer und bot dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts an. Präsident Deschanel hat die Demission nicht angenommen und das Kabinett gebeten, im Amte zu bleiben.

## Neue Verleumdungen Deutschlands.

Paris, 18. Febr. In der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten machte Andre Leveau Ausführungen über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten der Kommission, die die deutschen Bestände an Kriegsmaterial nachzuprüfen hat. Die Darlegungen Leveaus machten einen tiefen Eindruck. Sie stimmten im allgemeinen mit den von General Riffel gegebenen Ausführungen überein. Aus dem Epizyde des Ministers geht, wie der „Matin“ meldet, hervor, daß Deutschland die im Vertrag übernommenen Verpflichtungen zu umgehen versuche, vor allem hinsichtlich der militärischen Verpflichtungen, in der Hoffnung, die Anwendung der politischen und wirtschaftlichen Klauseln verhindern zu können. Er erklärte, daß die Alliierten mit großer Entschiedenheit auf dem Verschwinden aller militärischen Streitkräfte in Deutschland bestehen müßten, die im Vertrage nicht vorgesehen sind. Deutschland verheimliche Kriegsmaterial, mit dem es eine Armee ausrüsten könnte. — Der Minister schloß seine Darlegungen mit der Versicherung, daß die strenge Durchführung von Artikel 221 des Friedensvertrages über die Entwaffnung gefordert werden würde. (Was müssen doch die Herren Franzosen immer noch für eine religiöse Angst haben !!)

## Tages-Neuigkeiten.

### Sonnarts Verzicht.

Paris, 18. Febr. In seinem Demissionsbrief als Präsident der Wiedererziehungskommission erklärt Senator Sonnart, es habe sich gezeigt, daß die ungeheure Aufgabe, die das von ihm übernommene Amt mit sich bringe, nur unter Aufbringung einer Kraft, die seine Gesundheit ihm nicht gestatte längere Zeit aufzuwenden, erfüllt werden könne. Unter diesen Umständen sei es seine Pflicht, auf das Mandat zu verzichten.

### Vaterländische Kundgebungen in Saarbrücken.

Berlin, 18. Febr. Wie die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ melden, traf die deutsche Delegation zur Grenzregulierung unerwartet am 14. Februar in Saarbrücken ein. Als die Delegation unter Führung des bayerischen Oberstleutnants von Hüländer nach dem Hotel fuhr, sammelte sich eine nach Hunderten zählende Menschenmenge, die nach und nach auf Tausende answach. Den Offizieren wurden aus allen Kreisen der Bevölkerung Blumenpenden zugesandt. Die Menge sang ununterbrochen vaterländische Lieder. An den folgenden Tagen wiederholten sich diese Kundgebungen, zu denen eine gewaltige Volksmenge aus dem ganzen Saargebiet in Saarbrücken zuströmte.

### Bernünftige Reden.

Amsterdam, 18. Febr. Wie die englischen Blätter vom 16. 2. melden, sagte Churchill in einer Rede in Dundee: „Unser Interesse war es, in England eine Regierung zu sichern, die sich nicht in den Händen der Deutschen befindet. Das haben wir versucht. Es liegt auch im Interesse Englands, daß Deutschland nicht in die Krone Rußlands getrieben

### Die Drohung Wilsons.

Washington, 18. Febr. (Neuer. Amst.) Wilsons Memorandum hat den Alliierten mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise die Zurückziehung des Versailleser Vertrags aus dem Senat erwägen müßten, wenn die Alliierten bei Verfolgung ihrer Pläne weiterhin ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten handelten.

### Keine Nachrichten.

Dresden, 18. Febr. Die bedrohliche Krise im deutschen Zeitungsgewerbe hatte heute die schließlichen Zeitungsoberleiter zu einer außerordentlichen Versammlung in Dresden zusammengeführt. Nach eingehender Aussprache, in der die katastrophale Lage vieler Zeitungen festgestellt wurde, wurde eine Entschließung angenommen, in der gesagt wird, daß die täglich steigenden Betriebskosten aller Art schon seit Monaten eine Höhe erreicht haben, die sich nur durch eine erhebliche Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise einigermaßen ausgleichen lassen. Nach dem Stand der Dinge erscheine daher die schleunige Erhöhung der Bezugsgebühren um mindestens 50 % und der Anzeigengebühren um mindestens 25 % unumvermeidlich. Ferner wurde nach einstimmigem Beschluß eine Rundgebung an den Ministerpräsidenten Dr. Grafenauer gerichtet, die sich gegen eine Verordnung des Demobilisierungskommissars wendet, durch die die Veröffentlichung von Stellenangeboten und Stellengesuchen in der Tages- und Wochenpresse so gut wie völlig untersunden wird.

Amsterdam, 18. Febr. Die „Allgemeine Handelsblad“ aus London meldet, daß der Staatssekretär des Innern mitgeteilt, daß 22 440 frühere Feinde, darunter 13 766 Deutsche, sich gegenwärtig im vereinigten Königreich befinden und daß seine Ausweisung auf Grund des Ausländergesetzes vom Jahre 1919 statgefunden hat.

Rom, 18. Jan. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht ein Schreiben des Papstes an den Bischof von Prag, datiert vom 29. 1., worin gesagt wird, daß der Heilige Stuhl keineswegs den sogenannten „demokratischen“ Reformen zustimmen könne, die man in der Kirche einführen möchte. Er könne in die Aufhebung oder Milderung des Gesetzes über das Jöbiläum nicht einwilligen, das den reinen Ruf der römischen Kirche darstelle.

Paris, 18. Febr. Nach einer Hauss-Meldung aus Marseille verlassen nach und nach die deutschen Kolonisten Deutsch-Ost-Afrika.

London, 18. Febr. (Neuer.) Der Vorschlag für das Heer für das Jahr 1920/21 beträgt 125 Millionen Pfund Sterling. Davon sind 55 Millionen für dauernde Ausgaben (für denselben Mannschafbestand wie 1914/15), 29 1/2 Mill. für Demobilisierungsausgaben und 40 1/2 Millionen für die Garnisonen im besetzten Gebiet vorgesehen. Der vorgesehene höchste Personalstand beträgt 525 000 Mann, der im Laufe des Finanzjahres auf 280 000 Mann verringert werden soll.

### Bermischtes.

**Aus der Frauenwelt.** Die Einführung eines einjährigen obligatorischen hauswirtschaftlichen Unterrichts für alle Mädchen als Grundlage der in der deutschen Reichsverfassung vorgesehenen Fortbildungsschule fordert ein Zentrumsantrag an die Reichsversammlung. — In die Deutsche Nationalversammlung hat der Bund Deutscher Frauenvereine eine Eingabe gerichtet, die bittet, Vorkenntnisse in der Küche zu werten, durch die der Verdrängung der Frauen aus sozialen Berufen beim den Bestreben, Frauen aus sozialen Stellen, für die sie sich eignen, fernzuhalten, Einhalt geboten wird. Reichsjustizminister Schiffer hat der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes von 1875 über den Personenstand vorgelegt. Danach können zu Standesbeamten oder ihren Stellvertretern auch Frauen bestellt werden.

**(Eine eigenartige Scheidungslage aus der modernen Zeit.)** Vor dem Hamburger Gericht schwebt eine Scheidungslage des Oberpräsidenten von Ostpreußen, A. Winnig, gegen seine Frau. Nach der „Hamburger Warte“ heiratete 1903 der damalige Maureregelle August Winnig ein armes Mädchen aus seiner Geburtsstadt Hantenburg am Harz. Der Verdienst war schlecht, die jungen Eheleute litten oft bittere Not. Das änderte sich als Winnig Parteibeamter wurde und dann als Beamter des Bauarbeiterverbandes nach Hamburg kam. Die Ehe war glücklich. Da brach die Revolution aus; August Winnig spielte dabei eine Rolle und wurde schließlich Gefangener in Ost- und Voland. Das war am 26. Dezember 1918. Am gleichen Tage trat er seiner Frau in einem Briefe mit, daß ihre Wege sich nunmehr trennen müßten. Er würde für sie sorgen, aber die Scheidungslage einleiten. Sie solle vernünftig sein und sich fügen. Und noch am gleichen Tage ließ der Herr Gefangene gegen seine Frau auf Scheidung klagen mit der Begründung „sie passe in Bezug auf Bildung und Charakter nicht mehr zu ihm.“ Zugleich wurde Frau Winnig eine monatliche Rente von 600 M., später 700 M. angekindigt und auch regelmäßig überwiesen. Die völlig schullose Frau verachtete nun auf verschiedenen Wegen mit ihrem Gatten wieder zusammen zu kommen; doch vergeblich. Die Ehescheidungsfrage geht weiter und sollte der Herr Oberpräsident Zeit gefunden haben, soll eine Begründung der beiden Ehegatten erfolgen.

### Aus Stadt und Bezirk.

Regisd den 20. Februar 1920.

**Vom Rathaus.** In seiner Sitzung vom Mittwoch beschäftigte sich der Gemeinderat in breiter Aussprache mit der Frage der Wiederbeschaffung der Glocken auf dem alten Turm. Nach einer gründlichen Erörterung aller Für und Wider, insbesondere auch der grundsätzlichen Frage, ob Stahl- oder Bronzeglocken zur Verwendung gelangen könnten, kam das Kollegium zu dem einschlägigen Schluß, die Glockenfrage bis auf weiteres ruhen zu lassen. Aus der Aussprache ist hervorzuheben, daß bei aller verständigen Würdigung des lebhaften Wunsches, das Geläute auf dem alten Turm wieder vollständig und in Ordnung zu haben, angeichts der hohen Metallpreise (das Nis Bronze kostet 52 M., sodas die drei Glocken auf mindestens 60 000 M. kämen) der Gemeinderat die Beschaffung der Glocken nament-

lich auch im Hinblick auf die den Körperschaften noch bevorstehenden schweren Aufgaben nicht für so dringlich erachten konnte, daß sie unter allen Umständen jetzt in die Wege zu setzen wäre. Zu Stahlglocken kann sich der Gemeinderat nicht entschließen, trotzdem deren Beschaffung wesentlich billiger erfolgen könnte, weil die Klangwirkung von Stahlglocken zusammen mit Bronzeglocken noch so wenig ausprobiert ist, daß, wie es die eingeholten Gutachten besagen, ein solches Unternehmen für unsere Stadt ein Experiment bedeuten würde, von dem entschieden abzuraten ist. — Da seit der Entfernung der Glocken auf dem alten Turm die Alarmeinrichtung für die Feuerweh noch ungenügender als früher ist, sodas der Kommandant der Feuerweh jede Verantwortung ablehnt, wurde mit 11 gegen 4 Stimmen die Errichtung einer neuen Alarmanlage mittels Sirenen auf dem alten Turm beschlossen. Der Aufwand dafür beträgt circa 8000 M. Die Einrichtung dieser Alarmanlage ist um so notwendiger, weil die heutigen Verhältnisse auf dem Baumarkt es zur gebietenden Pflicht machen, jeder Bedrohung von Gebäulichkeiten schnellstens entgegen zu treten. — Die Eisarbeiten am Wohnungsbau der Kleinfriedrichstraße werden dem Eiswerkmeister Hahner zu seinem Gebor übertragen. — Wegen ein Geluch der Wehr, Theurer zum Bau eines Bohrhauwes an der Ohnwaldbauhe ist städtischerseits nichts einzuwenden, jedoch übernimmt die Stadtgemeinde keine finanzielle Verpflichtung auf Abhilfe bei Hochwasser. — Die Errichtung eines Schuppens auf dem nördl. Bauhofe zur Unterbringung der von der Fa. Gebrüder Kauter hier zur Aufstellung kommenden Dreschmaschine und zur Aufnahme von Materialien und Maschinen für das Stadtbauamt wurde genehmigt. Der Aufwand beträgt ca. 30 000 M. — Mit der Spielplatzfrage hat sich der G.M. des Bieres befaßt. Um die Angelegenheit jetzt zu einem Abschluß zu bringen, genehmigte der Gemeinderat den Ankauf eines Platzes auf dem Eisberg von 64 ar 38 qm von Bädermeister Löffner zum Preise von 4300 M. Das Stadtbauamt wurde beauftragt, die Planierung im Einvernehmen mit dem Fußballklub so billig als möglich durchzuführen. Der Betrag, hofft, daß die Platzfrage damit endgültig erledigt ist. — Eine Reihe von Wiesenverpachtungen auf die Dauer von 3 Jahren an die jetzigen Pächter wurden zu einem entsprechend erhöhten Pachtpreis unter den üblichen Bedingungen genehmigt. Als besondere Bedingung wurde der Selbstverbrauchs des Bielertrags bestimmt. Bei Weiterverkauf tritt eine Konventionalstrafe von 200 M. in Kraft. — Dem Vorschlag des Staates folgend wurden den hauptamtlich tätigen Beamten, Angestellten und Unterbeamten Vorschläge auf die neuen Teuerungszulagen in Höhe der staatlichen Höhe bewilligt. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß eine Erhöhung der Ortsklasse für Regisd gerechtfertigt wäre. Schluß der öffentlichen Sitzung um 1/9 Uhr.

**Heimkehrer.** In freuen uns, unseren Lesern wiederum die glückliche Heimkehr einer Anzahl solcher in Gefangenschaft schmachtender Söhne unserer Stadt vermeiden zu können. Im Laufe der letzten Zeit sind zur Freude ihrer Angehörigen und Bekannten zurückgekommen: Gottlob Raab, Gärtnere, Wilhelm Gutekunst, Metzger, Gustav Koch, Schneider, Alexander Brodbeck, Verwaltungs-Rat, Wilhelm Hügel, Bäcker, S. A. Frank, Monteur, und Hugo Monan, Monteur. Die Heimkehrer, die alle längere Zeit das Unglück hatten, in Feindeshand zu sein, haben sich in Frankreich in den verschiedensten Gefangenenlagern aufhalten müssen. Sie hatten dabei reichlich Gelegenheit, den sonatischen Haß und den von niedrigsten Instinkten erfüllten Charakter der Franzosen kennen zu lernen. Bei unwürdiger Behandlung und schlechter Pflege wurde es schwere Arbeiten zu leisten. Der deutsche Soldat wurde überhaupt, wie uns Herr Brodbeck erzählt, von den Franzosen nicht als Gefangener, sondern als Arbeiter angesehen, aus dem möglichst viel herauszuschlagen versucht wurde. Nun freuen wir uns, daß mit jedem Tag mehr unserer Brüder und Kameraden aus der französischen Hölle heimgeführt werden. Wir rufen den Heimkehrern ein herzliches „Gut Gott“ zu und wünschen ihnen von Herzen baldige völlige Erholung von den Leiden und Entbehrungen bei der „grande nation“.

**Altenfeld, 19. Febr.** Die Stadgemeinde hat das Gasthaus zur „Blume“ mit den dazugehörigen Grundstücken zum Preise von 33 000 M. erworben. Es soll Wohnzwecken dienlich gemacht werden.

**Waldorf, 19. Febr.** Letzte Woche ist aus franz. Gefangenschaft zurückgekehrt der hier verheiratete Christian Walz, Silberarbeiter. Nachdem er den ganzen Krieg mitgemacht hatte und auch verwundet worden war, mußte er noch kurz vor Waffenstillstand, im Oktober 1918, das Unglück haben, in franz. Gefangenschaft zu geraten, was er fast seine ganze Zeit in der Nähe von Reims mit Aufräumungsarbeiten und Bahnbau zubrachte, bis er am 3. Febr. mit noch weiteren seiner Leidensgenossen verladen und abtransportiert wurde. — Letzten Montag ist weiter noch 38 monatlicher Gefangenschaft heimgekehrt Jakob Dietz, Raddieter, Sohn des Konrad Dietz, Bauer. Er war beim Inf.-Regt. 126 und wurde im Dezember 1916 am Messerrieden (Champanagne) gefangen genommen. Auch er war zuletzt in verschiedenen Gebieten, bei Montmedy, mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt, von wo er am 10. Febr. wegkam. Vom Durchgangslager Mannheim, wo er sich 3 Tage befand, ist er nun glücklich zur großen Freude seiner Angehörigen hier angekommen. Zwei seiner Brüder sind während des Krieges gefallen. Den beiden Heimkehrern ein herzliches „Willkommen daheim!“ — Möge nun auch bald der letzte Gefangene aus unserer Gemeinde, Gottlieb Wähler, Silberarbeiter, in die Heimat zurückkehren!

### Aus dem übrigen Württemberg.

#### Tagung des Reichsschulsausschusses.

Stuttgart, 18. Febr. Im Reichsministerium in Berlin soll gegen Ende dieses Monats wieder eine Tagung des aus Vertretern der Unterrichtsverwaltungen aller deutschen Länder und der größeren Gemeindevorstände zusammengesetzten Reichsschulsausschusses stattfinden. Aus Württemberg werden der Tagung voraussichtlich Kultminister Dr. Dieber, Ministerialrat Brocher und Regierungsrat Dr. Köstler amwoben. Hauptgegenstände der Beratungen, die durchaus vorbereitender Charakter tragen, und der Reichsschulkonferenz nicht vorgreifen, sind die Fragen der Umgestaltung der deutschen Rechtschreibung, der Wegfall der Berechtigung zum

Einjährig-Freiwilligen Dienst, die dienstliche Stellung der verheirateten Lehrerin, die Zulassung von Ausländern zu den deutschen Bildungseinrichtungen (Schulen und Hochschulen) und Fortbildungsschulfragen sowie vorbereitende Maßnahmen für die bevorstehende Reichsschulkonferenz.

#### Von der Handwerkskammer.

Stuttgart, 18. Febr. Am 17. Februar 1920 wurde im Kammergebäude der Handwerkskammer Stuttgart von der Arbeitsgemeinschaft des Württ. Handwerks, bestehend aus den Handwerkskammern und aus den Handwerkerfachverbänden über die Frage Tarifvertrag und Bezoertrag verhandelt. Das Ergebnis der Verhandlung wurde in folgender einstimmig angenommenen Entschließung zusammengefaßt: Für die Regelung des Bezahlungsverhältnisses im Handwerk sind auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung lediglich die Handwerkskammern und Innungen zuständig. Die Handwerkskammer und mit ihnen das gesamte organisierte Handwerk weisen daher die immer wiederkehrenden Bestrebungen der Gewerkschaften, in Tarifverträgen sich auf das Bezahlungsverhältnis beziehende Bestimmungen einzuschalten, mit Entschiedenheit zurück und sprechen den Schlichtungsausschüssen die Berechtigung zum Eingreifen bei Streitigkeiten, die sich auf das Bezahlungsverhältnis im Handwerk beziehen, ab. Das Württ. Handwerk erachtet daher die Regelung, dafür besorgt zu sein, daß die auf den Bestimmungen der Gewerbeordnung und der Handwerkskammern und Innungen eingeräumten Rechte durch Tarifverträge nicht eingeschränkt werden und daß die Schlichtungsausschüsse sich nicht mehr mit Fragen befassen, die sich auf das Bezahlungsverhältnis im Handwerk beziehen. Es wird aber auch kein Recht der alleinigen Regelung des Bezahlungsverhältnisses durch seine gesetzliche Organisation zu wehren wissen, selbst wenn es materielle Opfer kosten sollte. Ebenso erwarten die Vertreter des Handwerks bei diesen Bestrebungen eine tatkräftige Unterstützung durch jeden einzelnen Handwerker.

Stuttgart, 18. Febr. Das Ernährungsministerium erklärt sich außerstande, die fordernde aus den Kreisen der Erzeuger, Gewerbetreibenden und Verbraucher teils von Vereinigungen, teils von Gemeindevertretungen und Einzelpersonen eingehenden Eingaben zu beantworten, die sich mit allgemeinen wirtschaftlichen Fragen (Zinnmangel, Preisbildung, Siedlungsplan) befassen. Die Vorschläge würden geprüft und sachlich gewürdigt.

Stuttgart, 18. Febr. Die Abteilung Frauenarbeit des Württ. Arbeitsministeriums bezug. eine von diesem einberufene Sachverständigenkommission hatte die Beibehaltung der Einrichtung der Fabrikpflegerinnen bekräftigt. Dazu verlaute nun, daß die der Sitzung beimwohnenden Vertreterinnen der Sozialdemokratischen Partei eine ablehnende Haltung einnahmen, weil die Aufgaben der Fabrikpflegerinnen durch das Betriebsratsgesetz in die Hände der Arbeiterinnen selbst gelegt seien.

Stuttgart, 19. Febr. Die Württ. Ztg. erzählt von trostlosen Zuständen, die auf dem hiesigen Bestattungshof herrschen. Brennstoffe jeglicher Art werden nicht nur auf dem Bahnhof selbst, sondern auch auf der Zufahrtstraße von den Fuhrwerken herunter in Mengen gehoben, die ein Vielfaches der „Nation“ übersteigen, die einer Familie für den Jahresbedarf zureicht. Die Diebstähle werden mit einer Frechheit ausgeführt, daß die Fuhrleute dem Ansturm nicht gewachsen sind. Wird ein beladener Wagen auf kurze Zeit ohne Aufsicht gelassen, dann kommt die Meute keinen Halt mehr, und geisterrweise wird abgelaufen. Ebenso schlimm sei das Treiben bei der Stadt, Bodenwage, hinter deren Anlage die Rubenbänke als Spielplatz für ein ganzes Rudel von Buben und Wüdeln benutzt werden. Jedermann, der in dieser Gegend wohnt, und ebenso die Kohlenhändler, kennen das tolle Treiben der Jugend. Einzig und allein die Polizei wisse nichts davon, weil ihre Organe in dieser Gegend so selten wie Gold seien.

Göndringen, 20. Febr. Bischofswedel Peter B o l t u g e r, der am 29. Oktober 1916 bei Sont an der Somme in französische Gefangenschaft geraten ist, welche ihm unglückliche Leiden und Entbehrungen gebracht hat, ist in den letzten Tagen in seine Heimat zurückgekommen. Wir rufen ihm an dieser Stelle ein herzlich Willkommen in der Heimat zu. Jetzt sind sämtliche Gefangene aus hier zurück, bis auf einen Sohn der Witwe Bärle, alt Ablesmirtin, der wie sie erfahren hat, sich auf dem Transport zur Heimat befindet.

Horb, 20. Februar. Mit dem Neubau des dritten Beamtenwohnhauses der Eisenbahnverwaltung ist in den letzten Tagen begonnen worden. (Lind Nagold?)

Calw, 19. Febr. In Gerlingen wurde ein junger Mensch beim Diebstahl ertappt und von den Einwohnern verfolgt. Dabei brachte er sich einen Schuß in den Kopf bei und erlitt die Verletzung.

Reutlingen, 18. Februar. In einer öffentlichen Versammlung der Unabhängigen sprach in letzter Woche Hauptlehrer Weimer von Gerlingen über die neue Schule. Nach dem Schwäb. Merkur bezeichnete er dabei unsere Volksschule als eine Verdummungskastelle. Ein anwesendes Mitglied und Führer des Württ. Volksschullehrervereins erklärte, er könne dieser Bezeichnung im wesentlichen nur zustimmen. Von Aufstieg und Förderung der Begabten, von freier Bahn für den Tüchtigen will Weimer nichts wissen. Das seien nur Schlagworte und Klischees der Regierenden und Besitzenden, um die intellektuellen Kräfte aus dem Proletariat herauszulieben und es so innerlich auszubilden. Bezüglich der Notlage der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeit, denen die Gefahr der Auswanderung drohe, meinte der Redner: Mögen sie nur auswandern, wir brauchen sie nicht! Nicht eine geistige Erneuerung sei not, sondern eine neue Revolution. — Kommentar erlirbt sich!

Rottweil, 18. Febr. Die Fastnacht wird in Rottweil schon seit Jahrzehnten in ganz besonderer Ausgelassenheit begangen. Die Reizzeit hat in den letzten Jahren diesen Umfang etwas eingebüßt, neuer aber heben sich die Rottweiler nicht mehr halten. Das Ministerium hatte fürs ganze Land das Verbot der Masternade angeordnet. Die Haupter der „Rarrenzunft“ begaben sich deshalb zum Minister des Innern nach Stuttgart und baten um zwei Tage Dispensation von dem Verbot. Der Gemeinderat hat die „Rarrenzunft“ Rottweil in ihrem Ansuchen sogar einstimmig unterstützt. Allein der Minister ließ sich nicht erweichen und blieb auf seinem Verbot. In den hiesigen Mäntern war am letzten Samstag nochmals ernstlich gemacht, angeht die



**Württ. Baugewerkschule in Stuttgart.**  
 Das Sommerhalbjahr wird am 22. März beginnen. Es werden sämtliche Klassen der Fachschule für Bautechniker, sowie die IV. Klasse der Fachschule für Vermessungsingenieurwesen abgehalten werden.  
 Die Anmeldungen haben möglichst frühzeitig, spätestens bis 1. März zu erfolgen.  
 Stuttgart, den 10. Februar 1920. Schmöhl.

**Fortbildungskurs für Bautechniker in Eisenbetonkonstruktionen,**  
 beabsichtigt als Tageskurs in Stuttgart in der Zeit vom 8. bis 20. März ds. Jz.  
 Näheres f. im Gewerbeblatt Nr. 4.  
 Nagold, den 29. Jan. 1920. Oberamt: Müllg.

**Viehjählung am 1. März 1920.**  
 Am 1. März d. J. ist wieder eine Viehjählung vorzunehmen, die sich auf Pferde, Felle, Maultiere, Maulesel, Hindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner) erstreckt.  
 Die Durchführung der Jählung liegt den Gemeindebehörden ob und hat wie bisher zu geschehen.  
 Die näheren Bestimmungen über das Aufnahmeverfahren sind in der Verfügung des Ernährungsministeriums vom 16. Februar 1920 — Staatsanzeiger Nr. 39 — auf welche die Herren Ortsvorsteher noch ganz besonders hingewiesen werden, enthalten.  
 Namentlich die Bestimmungen der §§ 3 und 4 genannter Ministerialverordnung über die vor der Jählung zu erfolgende amtliche Bekanntmachung und die Vorläufe der abgeschlossenen Ortlisten am 8. März 1920 an das Oberamt sind besonders zu beachten. Hinsichtlich des Geflügelbestandes ist von dem Ortsvorsteher, je nachdem Anlaß zum Zweifel an der Richtigkeit des Ergebnisses der Aufnahme vorhanden ist eine Nachprüfung durch eine von dem Gemeinderat zu bestellende Kommission von 3 Mitgliedern, von denen eines dem Kreise der Verbraucher zu entnehmen ist, vorzunehmen zu lassen; auf Grund des Befundes bei dieser Nachprüfung über welchen von der Kommission ein kurzer Bericht zu erstatten ist, sind die Einträge in der Ortliste zu berichtigen.  
 Um eine neue Grundlage für die Fartenschau zu gewinnen, ist in Verbindung mit der Viehjählung die Zahl der Kühe, sowie alle über ein Jahr alte sprungfähigen Künder — geführt und nicht geführt —, ebenso die Zahl zur Zucht benutzten Rottschweine, aufzunehmen.  
 Die für die Jählung erforderlichen Vordrucke (Ziel- u. Einlagebogen) zu Ortlisten werden, sobald sie hier eintreffen, den Gemeindebehörden mit der Post zugefandt werden.  
 Nagold, den 19. Februar 1920. Oberamt: Müllg.

**Oberamtsstadt Nagold.**  
 Durch Beschluß des Gemeinderats vom 21. Nov. 1919 wurde folgende  
**Gemeindefassung über die Sitzungsgelder**  
 erlassen:  
 1. Die nichtbesoldeten Mitglieder des Gemeinderats erhalten als Entschädigung für die durch die Sitzungen des Gemeinderats, seiner Abteilungen oder seiner Ausschüsse verursachte Reisekosten ein Sitzungsgeld von 4. M für jede Sitzung, in welcher sie anwesend sind, ohne Rücksicht auf deren Dauer;  
 2. Die Sitzungsgelder gelangen am Schluss jeden Kalenderjahres zur Auszahlung auf Grund einer vom Stadtschultheißenamt gefertigten Aufstellung über die Anwesenheit der Mitglieder;  
 3. Die gemeinderichterlichen Gebühren und die gemeinderichterlichen Schlichtungsgebühren fallen in die Gemeindefasse.  
 Vorstehende Gemeindefassung ist durch Beschluß des Bezirksrats vom 23. Jan. 1920, Prot. S. 545, für vollziehbar erklärt worden.  
 Den 18. Februar 1920.  
 Stadtschulth.-Amt: Maier.

**Stadtgemeinde Nagold.**  
**Reifig-Verkauf.**  
 Am Samstag, 21. Februar 1920 aus Distrikt Gärtle, Abt. hinterer Gärtelhang: Reifig, Wellen: Nadelholz in Flächenlosen 3000.  
 Zusammenkunft zum Vorzeigen 9 Uhr bei der Schiffbrücke, Verkauf 11 Uhr auf der Kanzlei der Stadtpflege.  
 (Auswärtige Käufer werden nicht zugelassen.)  
 Wegen Zusammenreffen des Kalbens meiner sämtlichen Milchkuhe, suche ich eine trüchtige, junge  
**Ruh**  
 (unter 2 die Wahl) um eine neumeckige zu verkaufen.  
 C. Bächstein  
 obere Mühle, Hefelshausen.  
**Wichtig für jeden Raucher!**  
**Strunkentabak**  
 garantiert ohne Beimischung aus den Stengeln der Tabakpflanze hergestellt, per Pfd. M. 0.80, nicht unter 10 Pfd., (abgewogen in 1/2-Pfund-Paket, neutrale Packung) gegen Nachnahme.  
 17 H  
**Hilbert Pletschen,**  
 Tabak- und Zigarrenvertrieb,  
 Herford 1. W.  
 Großhandelsk. Laubstr. 8. 3. 1919.

**Lozungsbüchlein für 1920**  
 empfiehlt  
**G. W. Zaiser, Nagold.**

**Freie Schreinerinnung Nagold.**  
 Die Innung hält am Samstag, den 21. Febr. nachm. 4 Uhr im Gasthof zum „Rößle“ in Nagold eine  
**Vollversammlung**  
 ab, wozu sämtliche Mitglieder eingeladen werden.  
 Tagesordnung:  
 1. Lohn-Zarifvertrag.  
 2. Holzumweisung.  
 3. Sonstiges.  
 844 Obermeister Gabel.

**Achtung!**  
**Zimmerer und Bauarbeiter für Nagold und Umgebung.**  
 Am Samstag, 21. Febr., abends 5 Uhr findet im Lokal zum „Waldhorn“ in Nagold eine  
**öffentliche Versammlung**  
 statt, wozu sämtliche Zimmerer und Bauarbeiter dringend ersucht werden, vollständig zu erscheinen.  
**Tagesordnung:**  
 1. Referat von Bauleiter Single, Stuttgart.  
 2. Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.  
 3. Verschiedenes.  
 843  
**Zentral-Verband der Zimmerer. Zahlstelle Nagold.**

**Feintalg**  
 an Verlobungsberechtigten am Samstag, den 21. ds. von 10-3 Uhr bei Metzger Burkhardt gegen Ausweis vom Rathaus. Es kommen an die Reihe Buchstabe E bis H einschl. und entfallen auf die Person 125 gr zu 4 5.20 per Pfd.  
 Nagold, 19. 2. 1920. 833  
**Städt. Nahrungsmittelamt.**

**Gesucht**  
 wird für sofort ein junger, kräftiger  
**Pferdeknecht**  
 der die Landwirtschaft versteht.  
 Von wem? sagt d. Geschäftsstelle des Geflügelhalters.

**Ausgekämmte Frauenhaare**  
 kauft fortwährend  
 446 **W. Weinstein**  
 Nagold Friseurgeschäft.  
 Eßlingen.  
 Einen starken Kuh-

**Wagen**  
 hat gegen einen leichteren zu vertauschen.  
 831  
**Chr. Geisler.**

**Frauen**  
 verwenden bei Erkältungen und Schlingen aus  
**Müllers 453 Tropfen**  
 Solche 10 Markt  
 bittet den Preisvertrieb  
**Mil. Raub**  
 Sanitätsapothek  
**„Medico“**  
 Nürnberg  
 Nordstr. 47.

**Chirka**  
**BACKPULVER**  
 überall erhältlich

**Deutsche Dem. Partei**  
 Ortsgruppe Nagold.  
**Mitgliederversammlung**  
 am Sonntag 22. Febr., abds. 7 Uhr i. „Trandensaal“.  
**Tagesordnung:**  
 1) Bericht über die Arbeit im Gemeinderat von G.H. Sem. Oberl. Weindrenner.  
 2) Bericht über wichtige Nagolder Gegenwartsfragen v. G.H. Konbitor Strenger.  
 3) Wahlen.  
 Der Ausschuss bittet um vollständiges Erscheinen der Mitglieder, auch der Frauen und der Jugendgruppe. 845  
**Nagold.**  
 Größeren Posten 841

**Spaten**  
 auch zu Schorshausen geeignet  
 hat preiswert abzugeben.  
**J. Theurer, Schmiedmstr.**  
 Kräftigen

**Sungen**  
 nimmt sofort oder bis Frühjahr in die Lehre.  
 Der Obige.  
 Einen gut erhaltenen, polierten runden  
**Klapptisch**  
 (Mittlum, 99 cm Durchmesser) hat um 600. M abzugeben.  
 Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes. 775

**Fahrrad**  
 auch ohne Gummi zu kaufen gesucht.  
**Friedr. Walz, Altensteig,**  
 Goenhausstr. 118. 847  
**Unterlshelm.**

**Lindenstammholz**  
 zu 0.80 Pfd. verkauft  
**Martin Schlotter,**  
 Sandbruchbesitzer.  
 816

**Bausand**  
 liefert stets der Obige.  
**Nagold.** 807  
 Eine hochtrachtige hornlose  
**Ziege**  
 verkauft  
**Soh. Buz, Schreiner.**

**Evangelisations-Versammlungen**  
 in der Kapelle der Methodisten-Gemeinde 846  
 Evangelist R. M. B. H. er wird heute abend über das Thema sprechen:  
**„Dieser Fall und gnädige Rettung.“**  
**Jedermann ist freundlichst eingeladen!**

**Todes-Anzeige.**  
 In franz. Gefangenschaft ist nach jahrelangem Sehnen nach der Heimat unser innigstgeliebter guter Sohn, Bruder und Schwager  
**Georg Weik**  
 Schütze im Inf.-Rgt. 126  
 im Alter von 23 Jahren am 4. Dez. 1919 tödlich verunglückt.  
 Anstatt der Freude des Wiedersehens traf uns diese Trauerbotschaft.  
 Wir bitten um stille Teilnahme der tiefgeliebten Vater  
**Hob 1, V. 21. Martin Weik mit Familie.**  
 Trauergottesdienst Sonntagmorgen 5 Uhr.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Gattin, Mutter, Schwester, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante  
**Kath. Martini**  
 geb. Ehrsam  
 für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte und für die tröstlichen Worte des Herrn Geistlichen sagen wir unsern herzlichsten Dank.  
 Für die trauernden Hinterbliebenen  
 Der Gatte: **Soh. Georg Martini, Zimmermann.**

**Runden-Dehlmühle Mökingen.**  
 Uebernehme zum Schlagen in Lohn 836  
**Mohn-, Raps-, Leinsaat und Bucheckern.**  
 Infolge meiner vorzüglichsten Einrichtung und schonmännischen Behandlung bin ich in der Lage, die größte Ausbeute in haltbarer Qualität herzustellen.  
**Andreas Morlok b. „Rößle“.**

**Kurse am 19. Februar 1920**  
 mitgeteilt durch die  
**Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. in Nagold.**

Zuländische Staatspapiere.	4% Rheiningerhypoth. 108.—
5% Deutsche Reichsanl. 1.—B. Reichsanl. 77.75	4% Preuß. Pfandbriefk. —
4% dgl. v. 1918 unk. 1925 64.50	4% Rhein. Hypoth. Bk. 107.50
3 1/2% dergl. . . . . 69.—	4% Württ. Hypoth. Bk. 111.50
3% . . . . . 64.25	3 1/2% dergl. kbb. A-D 95.—
5% I. Dtsch. Schömannsg. 99.50	u. K-N . . . . .
4% Bad. Rente 80.—	3 1/2% dergl. kbb. ab 1912, 1915 . . . . . 88.—
3 1/2% . . . . . v. 1900 . . . . .	4% Württ. Kreditverein 111.—
kbb. ab 1905 . . . . . 70.—	<b>Verschiedene Obligationen.</b>
4% Hessen . . . . . 70.—	4% Stadt Frankfurt a. M. 145.—
3 1/2% dergl. . . . .	4% Stuttg. Stadt v. 1919 101.—
4% Württemberg, k. 1915 1921 u. 1935 . . . . . 83.—	4 1/2% Wg. Elektr. Bf. —
5 1/2% dergl. v. 1876 . . . . . 92.50	5% Deutsch. Uebersee-Gesellschaft . . . . .
5 1/2% . . . . . v. 1879/80 . . . . .	<b>Urkien.</b>
1885/86 . . . . . 73.—	Darmstädter Bank . . . . . 141.25
3 1/2% dergl. v. 1881/85 Lit. L-O . . . . . 66.—	Deutsche Bank . . . . . 335.—
3 1/2% dergl. von 1910 (1903 II) . . . . . 64.50	Diskontogesellschaft . . . . . 260.—
3 1/2% dergl. von 1896 . . . . . 58.—	Preuss. Bank . . . . . 215.—
<b>Pfandbriefe.</b>	Bad. Anl.-u. Bodenf. Bk. 635.—
4% Dtsch. Grundkreditbank Gotha . . . . . 104.50	Fabr. Gelesch. E. Chr. . . . . 418.—
4% Frankf. Hypoth. Bank . . . . .	Furberke Hdtl. . . . . 484.—
3 1/2% dergl. . . . .	Langhans, Gebr. Schramb. . . . . 413.—
4% Frankf. Hypoth. Kreditver. . . . . 107.50	Deimler Motoren . . . . . 480.—
	Chäinger Holzwarenfabrik. 395.—

(840)